Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2789

27. 04. 79

Sachgebiet 900

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Dollinger, Dr. Friedmann, Dr. Sprung, Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 8/2749 –

Einführung der digitalen Fernwahltechnik anstelle der analogen Fernwahltechnik bei der Deutschen Bundespost

Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen – 900 – 1 B 1114 – 9/2 – hat mit Schreiben vom 26. April 1979 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Seit welchem Zeitpunkt trägt sich die DBP mit dem Gedanken, anstelle der EWSF-Technik, deren Zweckmäßigkeit für den Einsatz im Fernmeldewesen der DBP sicherlich nicht über Nacht hinfällig wurde, die digitale Fernwahltechnik einzuführen?

Die Einführung der digitalen Vermittlungstechnik ist ein Anliegen, das die DBP seit Ende der 60er Jahre verfolgt. Erst die technologischen Fortschritte im Bereich der Mikroelektronik in den letzten Jahren lassen einen gegenüber der analogen Vermittlungstechnik wirtschaftlicheren Einsatz der digitalen Vermittlungstechnik im Fernsprechnetz der DBP erwarten. Auf Grund von Vorschlägen aus der deutschen Fernmeldeindustrie, die Entwicklung analoger Fernwahlsysteme nicht weiter zu betreiben, hat die DBP beschlossen, beschleunigt digitale Vermittlungstechnik einzuführen.

2. Trifft es zu, daß für die Entwicklung der EWS-Technik insgesamt rd. 1/2 Mrd. DM an Kosten aufgewendet wurden und für das EWSF etwa 50 Mio DM?

Nicht die DBP, sondern die Fernmeldeindustrie entwickelt neue Fernmeldesysteme. Die Kosten dafür werden den potentiellen Kunden nicht gesondert in Rechnung gestellt. Sie sind vielmehr, wie bei anderen marktgängigen Erzeugnissen im Preis für die Lieferung enthalten.

Da die DBP Entwicklungskosten also nicht direkt bezahlt, können über Aufwendungen, die der Fernmeldeindustrie entstanden sind, keine Angaben gemacht werden.

3. Wie ist es zu verstehen, daß Staatssekretär Haar auf die Frage des Abgeordneten Dr. Friedmann, von wem die Initiative zur Abkehr von der EWS-Technik ausging, von der Post oder von Siemens, am 7. Februar 1979 erklären konnte, daß diese Erfahrungen auch in seinem Hause gemacht worden seien, wenn noch im Dezember 1978 – also einen Monat vorher – anläßlich eines Pressegespräches im Bundespostministerium das EWS als das System der Zukunft dargestellt wurde?

Infolge der technologischen Entwicklung der letzten zwei Jahre im sogenannten digitalen Bereich hat die deutsche Industrie Vorschläge zur Einstellung der EWSF-Entwicklung gemacht. Die DBP hat daraufhin beschlossen, auf die Einführung des EWSF zu verzichten und statt dessen den Einsatz digitaler Fernvermittlungstechnik für Mitte der 80er Jahre vorzusehen.

Im Pressegespräch im Dezember 78 wurde dargelegt, daß „Elektronische Wählsysteme (EWS)" die Technik der Zukunft sind. Auch die digitale Vermittlungstechnik ist ein zentralgesteuertes, speicherprogrammiertes System, ein „Elektronisches Wählsystem".

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

4. Wie ist die Erklärung der Post zu verstehen, daß sich erst im letzten Quartal 1978 der revolutionierende Technologiefortschritt bei der digitalen Vermittlungstechnik bemerkbar gemacht hat, aufgrund deren die DBP jetzt zur digitalen Fernwahltechnik umdisponiert hat, und vollziehen sich technische Revolutionen innerhalb eines Vierteljahres?

Die entscheidenden Fortschritte in der digitalen Vermittlungstechnik, nämlich die fertigungsreife Darstellung großintegrierter Einzelkanalcodierer für die Analog/Digitalwandlung, sind im Jahre 1978 erzielt worden. Im übrigen siehe Antworten zu den Fragen 1 und 3.

5. Zu welchem Zeitpunkt (Jahr) rechnet die DBP mit dem Beginn einer serienmäßigen Einführung der digitalen Fernwahltechnik, da nach Erklärungen des Bundespostmnisteriums (Frankfurter Rundschau vom 1. Februar 1979, Expreß vom 1. Februar 1979 usw.) die neue digitale Fernwahltechnik praktisch vom Punkt Null entwickelt werden muß?

Nach Aussagen der deutschen Fernmeldeindustrie wird eine serienreife digitale Fernsprechfernvermittlungstechnik Mitte der 80er Jahre für einen Einsatz bei der DBP zur Verfügung stehen.

6. Beabsichtigt die DBP bei der neuen digitalen Fernwahltechnik eine Modifizierung des EWS oder eine neue eigenständige Digital-Lösung?

Die digitale Technik wird als SPC-System (speicherprogrammiert und zentralgesteuert) ein ähnliches Konzept aufweisen wie EWS und andere auf dem Weltmarkt angebotene elektronische Wählsysteme.

7. Trifft es zu, daß bereits 1974 der amerikanische Kommunikationsberater Donald Dittberner in einer Studie über die computergesteuerten Telefonsysteme der Welt auf die Schwächen des EW-Systems hingewiesen hat und erklärt hat, daß dieses System auf dem Weltmarkt niemals konkurrenzfähig werden könne, zumal es als Schaltelemente immer noch Elektromechanik enthalte, und warum hat es dann noch fünf Jahre gedauert, ehe die DBP zu dieser Erkenntnis gekommen ist, zumal schon digitale Übertragungseinrichtungen von der DBP angewendet werden, und ist dies auf die Verwendung von Entscheidungstabellen zurückzuführen?

8. Welches waren die Gründe, daß seinerseit die Dittberner-Studie von der DBP verworfen wurde und die analoge EWS-Technik als zukunftsträchtiger beurteilt wurde?

Die Fa. Dittberner Associates, Incop. Washington hat im Auftrag der schwedischen, niederländischen, dänischen und französischen PTT sowie der Alberta Gouvernment Telephone Company und der Mid-Continent Telephone Company eine „Electronic Switching-Studie" (ESS-Studie) erstellt und diese dann auf dem Weltmarkt an andere Interessenten angeboten. Der Welt größte Fernmeldeverwaltung, die US-AT&T einschließlich ihrer Tochterfirmen, hat eine Mitarbeit bei der Erstellung der Studie abgelehnt.

Die Deutsche Bundespost hat s. Z. die Studie erworben und gründlich ausgewertet. Die Studie brachte keine verwertbaren neuen Erkenntnisse, zumal ihr Inhalt weitgehend auf Literaturstudien und Aussagen von Bauelementeherstellern zurückgeht. Dittberner selbst ist kein Fachmann für Fernsprechvermittlungstechnik. Die Studie bot keine Fakten und Beweise dafür, daß sich die deutsche Fernmeldeindustrie auf dem falschen Entwicklungsweg befand, zumal auch die deutsche Fernmeldeindustrie an der digitalen Nachrichtenübertragung arbeitete. Der Entwicklungsstand der Halbleiterbauelemente ließ seinerzeit aber noch keinen wirtschaftlichen Einsatz der Digitaltechnik in großen Vermittlungsstellen und Fernleitungsnetzen zu.

9. Trifft es zu, daß nur terminliche Lieferverzögerungen bei der EWS-Technik letztlich den Anstoß für die Entscheidung der DBP gab, die digitale Fernwahltechnik anstelle der EWS-Technik einzuführen?

Bei der Entscheidung der DBP für eine beschleunigte Einführung digitaler Fernvermittlungstechnik war zu berücksichtigen, daß unter den gegebenen Verhältnissen

— erste größere Serienlieferungen EWSF 1981/82 erfolgen würden,
— die Aufnahme der Serienlieferung der digitalen Fernvermittlungstechnik Mitte der 80er Jahre möglich ist,

so daß nur für einen relativ kurzen Zeitraum EWSF-Einrichtungen hätten geliefert werden müssen.

Im übrigen siehe Antwort zu Frage 1.

10. Wie hoch sind die voraussichtlichen Kosten, die der DBP durch den Verzicht auf das technisch überholte EWSF entstehen

a) im Hinblick auf die Aufwendungen z. B. Versuche des FTZ im Zusammenhang mit dem EWSF, Fortbildungsmaßnahmen usw.,

b) durch den nunmehr unausweichlichen Vollausbau (sollte nach Erklärungen des Bundespostministers bis 1985 erfolgen) im raumträchtigen Fernwahlsystem 69,

c) durch das hinfällig werden der bisherigen fernmeldetechnischen Raumkonzeption der DBP im Hinblick auf das raumsparende EWS (z. B. Verkauf von Grundstücken, Vermietung von Räumlichkeiten, Reduzierung des Bauvolumens usw.), das nur 30 bis 50 v. H. des Raumbedarfs des Fernwahlsystems 69 benötigen sollte.

a) Mit der Entwicklung des EWSF sind Vorlaufkosten in nennenswertem Umfang für die Deutsche Bundespost nicht aufgekommen. Der Einsatz dieses Systems sollte 1980 beginnen und erst in den Jahren 1982 bis 1984 einen größeren Umfang annehmen. Kostenverursachende vermittlungstechnische Maßnahmen waren im Hinblick auf den Einsatz des jetzt nicht mehr vorgesehenen Systems noch nicht eingeleitet. Auch Investitio-

nen im Hinblick auf dieses System sind noch nicht getätigt worden. Lediglich im Fernmeldetechnischen Zentralamt in Darmstadt sind in geringem Umfang Personalkosten für die bei Entwicklungsarbeiten der Firmeneinrichtungen, deren Einsatz im deutschen Netz geplant ist, üblichen Betreuungs- und Beratungstätigkeiten aufgekommen. Dieser geringe Aufwand ist darauf zurückzuführen, daß die Deutsche Bundespost nicht selbst entwickelt, sondern sich der Entwicklungsergebnisse der deutschen Fernmeldeindustrie bedient.

b) Vermittlungstechnische Mehrkosten treten nicht auf.

c) Die mit dem Einsatz des analogen EWSF verbundene Raumersparnis hätte sich nur über einen entsprechend längeren Zeitraum realisieren lassen.

Durch Umstellung auf digitale Fernvermittlungstechnik setzt diese allmähliche Raumeinsparung lediglich mit einer Verzögerung von drei bis vier Jahren ein, wobei die digitale Fernvermittlungstechnik dann jedoch zusätzliche Raumersparnisse gegenüber der Analogtechnik bieten wird.

11. Hat die DBP eventuell die Absicht von der Fernmeldeindustrie die ihr aus der Umdisponierung auf das digitale Fernwahlsystem entstandenen Schäden bzw. Kosten erstatten zu lassen?

Alle Verträge der DBP über Lieferungen und Leistungen enthalten Regelungen über den Ausgleich von Schäden, die von den Auftragnehmern zu vertreten sind.

Wenn und soweit sich Schäden herausstellen sollten, werden sie also im Rahmen der Bearbeitung der jeweiligen Verträge zu Schadensersatzforderungen meiner Dienststellen führen.

12. Besteht die Gefahr, daß durch die Umdisponierung auf das digitale Fernwahlsystem Kapazitätsengpässe im Fernwahlsystem eintreten, und glaubt die DBP die starke Nachfrage nach Fernmeldeleistungen mit der alten Technik ohne Nachteile für die Telefonkunden abfangen zu können?

Die deutsche Fernmeldeindustrie hat der DBP volle Bedarfsdeckung mit Fernwahltechnik 69 zugesichert. Die Nachfrage kann damit ohne Nachteile für die Telefonkunden befriedigt werden.

13. Gedenkt der Bundespostminister infolge der von ihm nicht vorgesehenen Umdisponierung auf das digitale Fernwahlsystem die bis 1985 angekündigte telefonische Vollversorgung auf spätere Jahre zu strecken?

Nein!

14. Gedenkt der Bundesminister für den Fall, daß es zu Kapazitätsengpässen im Fernmeldewesen kommt, wieder zu der prohibitiveren Gebührenpolitik zurückzukehren?

Der Verzicht auf EWSF wird weder zu Kapazitätsengpässen noch zu prohibitiven Gebühren führen.

15. Welche Maßnahmen hat der Bundespostminister getroffen, um Engpässe beim Hochbauvolumen für den weiteren planmäßigen Ausbau des Fernmeldewesens zu vermeiden?

Die bestehenden Regelungen für die Raumbedarfsdeckung reichen nach gegenwärtigem Erkenntnisstand aus, um den planmäßigen Ausbau des Fernmeldewesens zu sichern.

16. Trifft es zu, daß nach einem Artikel der „Deutschen Zeitung" vom 23. März 1979 vom BPM gegenüber den Oberpostdirektionen angeordnet wurde, daß

— Grundstücksveräußerungen bis zur Klärung der Situation zu stoppen sind,

— für die volle Bedarfsdeckung erforderliche Mittel uneingeschränkt bereitgestellt werden,

— Erwerbe mit höchster Dringlichkeit durchzuführen seien wobei das Preisgefüge nachrangige Bedeutung haben müsse,

— Normengebäude einzusetzen seien, wobei bei nachgewiesener Zeitnot auf alternative Ausschreibungen verzichtet werden kann,

— der mögliche Einsatz von sogenannten fliegenden Bauten untersucht werden soll, die ohne Zustimmungsverfahren errichtet werden können?

Bei den von der „Deutschen Zeitung" am 23. März 1979 genannten Maßnahmen handelt es sich nicht um „Anordnungen" des BPM an die Oberpostdirektionen, sondern um BPM-interne Überlegungen für den Fall, daß evtl. hochbaulichen Schwierigkeiten begegnet werden mußte. Dabei wurden gedanklich alle möglichen Fälle durchgespielt und mit den für das Fernmeldewesen zuständigen Abteilungen der Oberpostdirektionen erörtert.

Unabhängig davon ist darauf hinzuweisen, daß ein Teil der genannten Maßnahmen (volle Bedarfsdekkung, Normengebäude auch ohne alternative Ausschreibung und Einsatz bewegbarer Vermittlungsstellen) den seit Jahren angewandten Planungsverfahren entsprechen.

17. Welche Auswirkungen sind durch die Umdisponierung auf das digitale Fernwahlsystem im personellen Bereich zu erwarten?

Das digitale Fernvermittlungssystem ist wie EWSF ein zentralgesteuertes, speicherprogrammiertes System; deshalb kann nach heutigem Kenntnisstand mit etwa gleichem Unterhaltungsaufwand gerechnet werden.

18. Wie werden die Arbeitsbedingungen für die mit den Vermittlungseinrichtungen befaßten Fernmeldetechniker beim digitalen EWS im Vergleich zum analogen EWS und den bisherigen Vermittlungseinrichtungen sein (z. B. klima- oder arbeitstechnische Bedingungen)?

Die Arbeitsbedingungen werden beim digitalen System denen beim EWS entsprechen.

19. In welcher Weise wird die Investitionspolitik und der weitere Ausbau des Fernmeldewesens durch die Umdisponierung auf das digitale Fernwahlsystem beeinflußt?

Die Investitionspolitik der DBP und der weitere Ausbau des Fernsprechwesens werden in keiner Weise durch die Umdisponierung auf das digitale Fernwahlsystem beeinflußt.

20. Kann sich die DBP bei der Entwicklung eines neuen digitalen Fernwahlsystems die Erfahrungen der amerikanischen Telegrafen- und Telefon-Cooperation, ATT, und anderer zunutze machen, da die ATT bereits seit 1976 die digitale Fernvermittlung anwendet?

Das bei der ATT eingesetzte digitale Fernwahlsystem ESS 4 ist unter dem Druck veralteter und dem Verkehrsanstieg nicht mehr gewachsener vorhandener Vermittlungssysteme entstanden und speziell auf die amerikanischen Netzverhältnisse zugeschnitten. Deshalb kann dieses System von der DBP nicht übernommen werden.

Die DBP wird sich jedoch Erfahrungen anderer bei der Bereitstellung digitaler Fernwahltechnik zunutze machen.

21. Können sich an dem Angebot für ein digitales Fernwahlsystem alle Fernmeldeindustrien gleich welcher Nationalität beteiligen, und ist die DBP bereit, diesen die Möglichkeit eines Probebetriebes bei ihr anzubieten?

Fachkundige und leistungsfähige Herstellerfirmen mit einem überwiegenden Fertigungsanteil in der Bundesrepublik und/oder in Westberlin werden in jedem Falle anbieten können. Im Interesse einer Intensivierung des Wettbewerbs gilt das auch für solche fachkundigen und leistungsfähigen Hersteller, die nicht zu den traditionellen Lieferanten für öffentliche Fernsprechvermittlungstechnik gehören, wie die Firmen Siemens, Standard Elektrik Lorenz, Deutsche Telefonwerke und Kabelindustrie AG und Telefon und Normalzeit.

Hinsichtlich der Beteiligung von Firmen, die ausschließlich im Ausland produzieren, ist zu berücksichtigen, daß die Versuche der Bundesrepublik Deutschland zu gegenseitigen Absprachen zur Liberalisierung der öffentlichen Einkäufe von Einrichtungen des Fernmeldewesens zu kommen, sowohl im Rahmen der EG-Kommission als auch bei den Verhandlungen der GATT-Runde in Genf auf Grund der nationalen Eigeninteressen anderer Länder mit eigener Fernmeldeindustrie erfolglos geblieben sind.

22. Hat die DBP bereits ein Konzept für Auftragsvergabe des digitalen EWSF, und wenn ja, wie sind seine Grundzüge?

Die Auftragsvergabe für die Beschaffung von digitalen Fernwahleinrichtungen hängt von der Zahl der Anbieter und den Probebetriebsergebnissen ab.

Siehe auch Antwort zur Frage 21.

23. Beabsichtigt die DBP bei dem jetzt für sie zu entwickelnden digitalen Fernwahlsystem von dem bisher üblichen strengen Maßstab der Einheitstechnik abzurücken, um damit der deutschen Fernmeldeindustrie einen größeren Spielraum im Wettbewerb auf dem Weltmarkt einzuräumen.

Da die DBP digitale Fernwahltechnik im Wege der Konkurrenzerprobung bereitstellen will, stellt sich die Frage nach Einheitstechnik zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht. Welche(s) System(e) später zum Zuge kommen werden (wird), hängt ausschließlich von der Qualität der angebotenen Weltmarktprodukte ab.

Siehe auch Antwort zu Frage 20.

24. Welches sind die Gründe dafür, daß die bisher im internationalen Bereich installierten digitalen Fernwahlsysteme nicht auch bei der DBP Anwendung finden können?

Grundsätzlich müssen Fernwahlsysteme an die Bedingungen der Netze angepaßt werden, in denen ihr Einsatz vorgesehen wird; dies gilt auch für digitale Fernwahlsysteme.

Ein digitales Fernvermittlungssystem, das unter den deutschen Netzbedingungen sofort einsatzbereit wäre, ist am Markt nicht vorhanden.

25. Trifft die Schätzung zu, daß der Anteil digitaler Übertragungs- und Vermittlungssysteme am gesamten Telefonnetz im Jahre 1985 folgende v. H.-Sätze betragen dürfte: z. B. in Saudi-Arabien 70 v. H. und 80 v. H., Japan 80 v. H. und 3 v. H., Frankreich 50 v. H. und 25 v. H., Belgien 20 v. H. und 5 v. H., Großbritannien 15 v. H. und 4 v. H. und Bundesrepublik Deutschland 6 v. H. und 5 v. H., und wenn nein, mit welchem digitalen Anteil rechnet die Deutsche Bundespost im Jahr 1985 bei Übertragungswegen, Fernvermittlungsstellen und Ortsvermittlungsstellen?

Die Prozentangaben stammen aus einer Studie des US-Verteidigungsministeriums; sie sind in der Zeitschrift Electronic News veröffentlicht worden und für uns nicht nachprüfbar.

Der Anteil digitaler Technik ist in keiner Weise ein Indiz für die den Kunden gebotene Dienstgüte. Der Anteil der digitalen Übertragungs- und Vermittlungstechnik im Jahr 1985 ist stark abhängig vom heutigen Ausbaustand und der Altersschichtung der vorhandenen Technik.

Im Bereich der DBP sind z. Z. mehr als 70 v. H. der technischen Einrichtungen in den Orts- und Fernvermittlungsstellen jünger als zehn Jahre.

Der Anteil künftiger digitaler Vermittlungstechnik wird daher

- vom jeweiligen Ausbaustand des Netzes,
- von den Zuwachsraten,
- von der Leistungsfähigkeit der eingesetzten Technik und
- von deren Altersschichtung bestimmt.

Diese Faktoren unterscheiden sich z. B. bezogen auf Saudi-Arabien aber auch auf Frankreich wesentlich von denen in der Bundesrepublik.

26. Wenn das analoge EWS für die Fernwahltechnik überholt ist, warum trifft dies dann nicht auch für die Ortsvermittlungstechnik zu?

Im Gegensatz zum EWSF ist das elektronische Wählsystem für die Ortsvermittlungstechnik bei der Deutschen Bundespost bereits in einer Reihe von Ortsvermittlungsstellen im Einsatz. Dieser Einsatz soll nach einem aktualisierten Einführungsplan fortgesetzt werden, um Erfahrungen im Umgang mit zentralgesteuerten Systemen zu gewinnen. Ohne diese Erfahrungen würde die Einführung sogenannter digitaler Systeme, die für Mitte der 80er Jahre zu erwarten ist, fast unmöglich werden.

27. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der beabsichtigten Einführung des digitalen Fernwahlsystems der DBP gegenüber der im Ortsvermittlungsbereich weiterhin beabsichtigten Umrüstung auf das EWS im Hinblick auf Vereinbarkeit und Zweckmäßigkeit?

Durch die beabsichtigte Einführung der digitalen Fernwahltechnik ergeben sich keine gravierenden Konsequenzen für den Einsatz von EWSO 1 – Vermittlungsstellen. Die Zusammenarbeit der technischen Einrichtungen beider Systeme wird sichergestellt.

28. Soll das EWS künftig generell oder nur in bestimmten Fällen noch im Ortsvermittlungsbereich eingesetzt werden, und rechnet die DBP im Laufe der nächsten Jahre auch hier mit einem Übergang zum digitalen Wählsystem?

Der Einsatz des EWSO 1 ist vorerst nur in den Ortsnetzen am Sitz der Zentralvermittlungsstellen mit Ausnahme des Ortsnetzes Berlin geplant; dies entspricht der ursprünglichen Einführungskonzeption.

Mit einem Einsatz digitaler Ortsvermittlungstechnik rechnet die DBP nicht vor Mitte der 2. Hälfte der 80er Jahre.

29. In welchem Verhältnis stehen Kosten und Personalaufwand bei der bisherigen EMD-Technik und dem z. Z. in einigen Ämtern angewandten EW-System, und trifft es zu, daß beispielsweise der Personalaufwand bei letzterem um das 2,7fache höher liegt?

Für den Einsatz des EWS gilt nach wie vor die Bedingung, daß das neue Vermittlungssystem insgesamt nicht teurer als die herkömmliche Technik sein darf. Daß der Personalaufwand beim Betreiben der EWSO 1-Vermittlungsstellen zu Beginn der Systemeinführung höher sein kann, wird aus der Antwort zu Frage 30 deutlich.

30. Trifft es zu, daß es in der neuen München EWS-Vermittlungsstelle 1978 allein 78 Totalausfälle und zeitweise im Tagesdurchschnitt bis zu 370 Störungsmeldungen gegeben hat, und wie war und ist die Störanfälligkeit bei den weiteren installierten EWS-Vermittlungsstellen (z. B. in Düsseldorf)?

Die Aussagen treffen nicht zu.

Bei zentralgesteuerten, speicherprogrammierten Systemen ist es üblich, daß Unregelmäßigkeiten im Programmablauf durch einen wiederholten Start der vermittlungstechnischen Funktionen beseitigt werden. Dies tritt zu Beginn einer Systemeinführung häufiger auf. Anfänglich vorhandene Soft-ware-Fehler werden mit wachsender Betriebszeit und größer werdender Zahl von EWSO 1-Vermittlungsstellen praktisch gegen Null gehen. Die Störungsstatistiken der in Betrieb befindlichen EWSO 1-Vermittlungsstellen belegen diese Trendaussage. Die DBP-Erfahrungen werden durch gleichartige Erfahrungen der ATT bestätigt.

Die Zahl der Störungsmeldungen allein ist kein Indiz für die Qualität einer Vermittlungstechnik. Sie wird im wesentlichen mitbestimmt durch Art und Umfang der automatisch ablaufenden Prüfmechanismen und Ersatzschaltungen, die bei EWSO 1 in erheblichem Maß vorhanden sind.

31. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen ihrer Entscheidung, erst jetzt mit der Entwicklung der digitalen Fernmeldetechnik zu beginnen, auf die deutsche Fernmeldeindustrie, insbesondere unter Würdigung der Tatsache, daß technologisch anspruchsvollere Arbeitsplätze nicht rechtzeitig entstehen konnten?

Die DBP hat, wie in der Antwort zu Frage 1 bereits ausgeführt, sehr frühzeitig ihr Interesse für den Einsatz digitaler Vermittlungstechnik gezeigt.

Auf Grund der jüngsten Vorschläge aus der deutschen Fernmeldeindustrie hat sich die DBP zur Aufgabe des EWSF und damit zur beschleunigten Einführung digitaler Vermittlungstechnik entschlossen.

Die Entscheidung der DBP ist somit folgerichtig, weil sich einerseits ein gewisser Endpunkt der technologischen Entwicklung abzeichnet und andererseits

durch diese Entscheidung die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Fernmeldeindustrie gestärkt und ein wesentlicher Beitrag zur langfristigen Sicherung der dort vorhandenen Arbeitsplätze geleistet wird.

32. Warum hat die Bundesregierung am 7. Februar 1979 gegenüber dem Abgeordneten Dr. Friedmann erklärt, sie habe keine kostenverursachenden Investitionen im Hinblick auf die Konzeptänderung auf das neue digitale Fernvermittlungssystem, obwohl sie bereits zwei Tage zuvor, nämlich am 5. Februar 1979 in einer internen Verfügung an die Oberpostdirektionen eine Anordnung getroffen hatte, die bei der Konzeptänderung bewußt auf Wirtschaftlichkeit keine Rücksicht nimmt?

Aussagen zu kostenverursachenden vermittlungstechnischen Investitionen siehe Antwort zu Frage 10 b.

In dem Schreiben von 5. Februar 1979 ist keine Aussage enthalten, die auf Wirtschaftlichkeitsüberlegungen für das Gesamtsystem verzichtet.